

seits, den Conservativen und dem Reichskanzler anderseits?

Den Antrag Frankenstein versteht der Artikel natürlich als „Garantie“ im föderativen Sinne. „Nach dem Antrage Frankenstein“, sagt er, „soll der Durchschnittsvertrag von rund 130 Mill. R. an Böllen jetzt wie selten in die Reichskasse fließen. dagegen der Mehrertrag an die Einzelstaaten nach der Kopfzahl derselben verteilt werden, während die Einzelstaaten nach wie vor zu den Reichsbürgern, welche durch die dem Reich überwiesenen 130 Mill. und sonstige Reichseinnahmen nicht gedeckt werden, durch Matrikularkräfte beigetragen haben. Durch den Antrag Frankenstein sind die Rechte der Einzelstaaten vollständig gewahrt; nicht die Einzelstaaten müssen darauf warten, was das Reich in Gnade ihnen abzugeben für gut findet, sondern das Reich bleibt nach wie vor, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, der „Kostgänger der Einzelstaaten“.

Wenn jemand meinen sollte, das Centrum sei aus einer „reichsfreundlichen“ Partei, was es bisher notorisch und selbst wol eingestanden war, eine „reichsfreundliche“ geworden, so würde er sich täuschen. Für die „Rechte der Kirche“ kämpft es, daneben für die „Interessen des Volkes“ (mit andern Worten: für die Wünsche und Forderungen seiner Wähler) — aber vom „Reich“ ist in seinem Zukunftsprogramm so wenig wie in seinem bisherigen auch nur mit einem Worte die Rede. Folgendes ist die Ansicht des Centrumsführers und der „Germania“ von der gegenwärtigen politischen Sachlage und ihr darauf begründetes Zukunftsprogramm:

Das Centrum und dessen Führer sind bisher immer den geraden Weg der Weisheit und des Rechts gegangen, wie sind sie von ihren Grundsätzen nur einen Finger breit abgewichen. Wenn nun ihre Grundläufe nach langem, hartem Kampfe, nach vielen redlichen Streben jetzt theilsweise und allmählich zur Gestaltung kommen, wenn der Reichskanzler und die Conservativen zu den Führern des Centrums kommen, um sich mit denselben über Durchführung der vom Centrum als richtig erkannten Grundläufe zu beschließen, sollen die Centrumsführer diesem Entgegenkommen ausweichen, sollen sie die dargebotene Hand zurückweisen? Die Führer des Centrums haben die ihnen dargebotene Hand nicht zurückgewiesen, und es ist zum Heil des Volkes. Die bisher allmächtige national liberale Partei, welche das schreckliche Unheil auf religiösen und wirtschaftlichen Gebieten verschuldet hat, ist von ihrer bösen Hölle herabgestürzt, das Volk hat sich grobenteils von dieser Partei abgewandert, der Reichskanzler, auf dessen Macht sie pochte, steht ihnen feindlich gegenüber; der Kultuskampfminister ist entfernt, der wichtigste seiner Gehilfen, der Unterstaatssekretär Sydow, ist zur Disposition gestellt; auf wirtschaftlichem Gebiet senkt man ein in bessere, conservative Bahnen, und vielleicht ist die Zeit nicht fern, in der auch der unglaubliche „Kultuskampf“ sein Ende erreicht. Das Centrum hat unter seinen bewährten Führern seine Schuldigkeit gewiß gethan, es wird dieselbe auch in Zukunft thun; es ist auch jetzt nicht vertrauenswürdig, es steht beobachtend (!), klug berechnend (!!), klug berechnend (!!) auf der Warte; es hat seinen Grundsätzen nie etwas vergeben und wird denselben auch in Zukunft nichts vergeben (!). „Wir sind heute noch, die wir gestern waren, und werden morgen sein, was wir heute sind“, so sprach im Reichstage vor einigen Wochen Windhorst im Namen der Centrumsfraction. Ja, das Centrum ist und wird sein die Partei, welche immer eintritt für die Rechte der Kirche, für die Interessen des Volkes, welche bis zum endlichen Siege kämpfen wird für Wahrheit, Freiheit und Recht. Niedrige, gehässige Verleumdungen derselben werden verschwinden wie der Nebel vor der Sonne, wenn das Volk die Wahrheit erfährt, und nur die Wahrheit, Führer, eine Bundesgenossenschaft, die, kaum dass die Allianz geschlossen ist, schon wieder „beobachtend,

klug berechnend und stets kampfbereit“ besteht, die schon jetzt in einer der wichtigsten Fragen der Reichspolitik, der des Militärbudgets, im voraus ihre entschiedene Opposition vorausgesagt — eine solche ist doch wohl keine sehr zuverlässige Hülle für die Reichsregierung. Nun, wir werden ja sehen, wie lange die Freundschaft hält.

Die «Post» und wir.

— Leipzig, 15. Juli. Die freiconservative «Post» beschäftigt sich in einer sehr langen Auseinandersetzung (Nr. 191, zweite Ausgabe), eingehend mit unsern wiederholten Besprechungen des Frankenstein'schen Antrages. Sie thut dies in einer so achtungsvollen und leidenschaftlosen Weise, wie wir wol wünschten daß alle solche Auseinandersetzungen zwischen Organen unserer beiderseitigen Parteien gehalten wären. Wir verfehlten daher auch nicht, auf jenen Artikel der «Post» in gleich verhältnischem Geiste und Tone zu erwidern, um unsern Standpunkt in dieser Frage festzustellen.

Die «Post» findet, wir hätten bei Auslegung des Frankenstein'schen Antrages „einen Unterschied künstlich konstruiert“, den Unterschied nämlich zwischen einer bloßen Abrechnung zwischen Reich und Einzelstaaten und einer „Überweisung“, beziehentlich Ablieferung, von Reichseinnahmen an die Einzelstaaten in natura. Allein die «Post» wolle sich erinnern, daß sie zuerst es war, die (neben der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung) einen solchen „Unterschied“ markierte, indem sie hervorhob, es handle sich hier nur um eine „rechnerische Manipulation“, ja die gerade dadurch die Besensgleichheit des Frankenstein'schen Antrages mit dem von den Freiconservativen vorbereitet, aber zurückgehaltenen zu erweisen suchte. Sie wolle sich ferner erinnern, daß Organe des Centrums das Gegentheil behaupteten und (wie der hier oben besprochene Artikel beweist) noch behaupten, indem sie den „föderativen“ Charakter des Antrages betonen, der doch bei jener Auslegung der «Post» gar sehr verwirrt wird.

Denn — sprechen wir doch einmal ganz offen und unverblümmt! — wozu werden „Garantien“ verlangt, als um sie eventuell einmal praktisch geltend zu machen? Wenn nun eine Partei, die es bisher niemals Hehl gehabt hat, daß ihr die Stärkung der Reichsgewalt nicht eben am Herzen liege, als „Garantie“ und zwar ausdrücklich als „föderative“ Garantie das verlangt, daß das Reich gewisse Einnahmen nicht ohne weiteres, proprio iure, soll einheimsen können, sondern daß es warten müsse, bis ihm dieselben in der Form von Matrikularkräften von den Einzelregierungen zugeführt würden — wenn das von solcher Seite verlangt wird, so muß man doch glauben, daß dahinter eine bestimmte Absicht oder Voraussetzung lauere. Und welche könnte dies anders sein als die, daß unter gewissen Umständen einmal eine Einzelregierung die Matrikularkräfte verweigern oder doch verzögern und damit der Reichsgewalt Verlegenheiten bereiten könnte? Will man dies nicht zugeben, will man eine solche Unterstellung für eine Verleumdung der Partei erklären, so fragen wir ganz einfach: warum bestand man so sehr auf dieser „Form“, wenn es wirklich eine bloße „Form“ war?

Nun geben wir zu, haben dies auch ausgesprochen, daß, nachdem in dem Zusatz des Bundesrates (wegen

des „Abzugs“), nachdem ferner in der Rede des Reichskanzlers die „rechnerische Manipulation“ in den Vordergrund getreten und von dem Antragsteller, dem Centrum, dagegen nicht protestiert worden war, daß da der Antrag viel von seinem bedenklichen Charakter verloren hätte. Gleichwohl begriffen wir, daß die national-liberale Fraktion nach dem ganzen Gang der Verhandlungen für den Antrag nicht wohl stimmen konnte, solange jene andere, particularistische und unter Umständen für das Reich gefährliche Auslegung nicht direct ausgeschlossen war, und in diesem Sinne äußerten wir uns in unserer Nr. 160. Damit „suchten“ wir nicht „einen Rückzug“; vielmehr constatirten wir einfach eine Thatsache. Als einen Fehler betrachten wir es (und haben dessen nicht Hehl gehabt), daß nicht die national-liberale Partei eine zweifellose Interpretation des Antrags provocirte.

Dass wir im übrigen — mit Bezug auf die Gesamtfrage und die Stellung, die wir unsere Partei einnehmen zu sehen wünschten — unsere Ansichten nicht geändert haben, darüber verweisen wir auf unsere neueste „Wochenschau“ in der gestrigen Nummer dieses Blattes.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Reichs-Anzeiger veröffentlicht folgenden altherkömmlichen Erlass vom 27. Mai 1878 betreffend die Errichtung des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen:

Auf den Bericht vom 24. d. M. und S. will ich noch Ihrem Antrage genehmigen, daß die Verwaltung der Reichseisenbahnen von einem besondern Reichsamte als einer dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Centralbehörde geleitet werde.

Berlin, den 27. Mai 1878.

Wilhelm.

Herr v. Bismarck.

An den Reichskanzler.

Das Blatt theilt dann mit, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten, Staatsminister Maybach, zum Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen gewählt und ernannt worden sei.

Die Neue Preußische Zeitung schreibt: „Durch den Tod des Reichs-Oberhandelsgerichtsraths Schilling ist eine Nachstelle beim Reichsgericht frei geworden. Wie wir hören, hat der Bundesrat beschlossen, als Erzähler für den Schilling den Oberappellationsrath Scheele zu Dresden in Vorschlag zu bringen.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger vom 14. Juli schreibt: „Ein Erlass des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 24. Juni d. J., durch welchen als Endtermin für die Umarbeitung der internationalen Tarife der 1. Jan. 1880 bezeichnet wird, ergibt in der Presse mehrfach eine Beurtheilung, welche auf Unkenntnis der thatächlichen Verhältnisse und Vorgänge beruht. Insbesondere wird für die direkten Verkehrsbeziehungen mit Österreich-Ungarn ohne Grund gefürchtet. Schon seit mehr als zwei Jahren schwelen die Verhandlungen über Herstellung combiniert Tarife mit den österreichisch-ungarischen Bahnen, und es ist schon vor Jahresfrist das Ergebnis derselben von der preußischen Aufsichtsbehörde in seinen wesentlichen Grundzügen genehmigt. Die bairischen und sächsischen Staatsbahnen haben derartige Tarife seit längerer Zeit bereits eingeführt. Am 1. Juli d. J. sind folche

da mit doch der Titel: „Die Fledermaus, Operette in drei Acten von Johann Strauß“, bereits so und so viel mal zu Gesicht gelommen war und erst noch bei Abschluss meines Berichts der Theaterzettel mir unmittelbar vor Augen gelegen hat. Mir selbst wird dieses Verschelen nur dadurch erklärt, daß bei der ziemlich raschen Auseinanderfolge der hiesigen Aufführungen der Operetten „Boccaccio“ von Johann Strauß, „Madame Favart“ von Suppe und „Die Fledermaus“ von Offenbach mir das kleine Gefühl für die stilunterschiede der Werke der genannten Operettengenossen-Träger, dessen sich allem Anschein nach der „Operettenfreund“ erfreut, abhanden gekommen ist. Ich muß es also den Lesern dieses Blattes, die meinen Kritiken bisher mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt sind, anheimstellen, ob sie nach dem mir passierten Kapitus mich als Kritiker für moralisch vernichtet ansiehen wollen oder nicht.

Dass übrigens auch der „Operettenfreund“ von menschlichen Schwächen nicht ganz frei ist und es z. B. mit der Wahrheit nicht allzu genau nimmt, beweist seine angeflossene des nicht missverständlich Wortlauts meines Berichts ziemlich auffallende Neuerzung, ich läche mit Verachtung auf die Operettengenossen heraus“. Mindestens! Ich habe nicht von den Operettengenossen überhaupt, sondern bloß von den Operetten „neuesten Schlag“ gesprochen, und zwar speziell von deren „Sujets“, bei welchen eine ernsthafte Kritik wenig angetragen sei. Auch ist es nicht ganz zutreffend, von „Verachtungsvollem Heraussehen“ auf die in Rede stehende Operette zu sprechen, da ich den Vorzug derselben vor andern verartigen Erzeugnissen aufgefunden und in einer

geschicktern und zusammenhängender Fortführung der Handlung“ gesunden habe. Uebrigens steht ich nicht an, zu bekennen, daß auch ich in der Vorstellung der „Fledermaus“ mich grossenteils amusirt habe. Ich amusire mich auch über den „Geschundenen Raubritter“, wenn ich die „Fledermaus“ auch nicht ganz auf eine künstlerische Linie mit denselben gestellt haben will. Ob aber diese Producte eine ernsthafte Kritik vertragen, ob insbesondere das Sujet der „Fledermaus“ außer den von mir angeführten noch andere künstlerische Vorzüge aufzuweisen hat und im allgemeinen von dem Vorwurf ästhetischer wie moralischer Leichtfertigkeit freizusprechen ist, — daran erlaube ich mir so lange zu zweifeln, bis mir der „Operettenfreund“ eine bezügliche Belehrung wird haben zulassen.

— Leipzig, 15. Juli. Wiederum haben wir über ein neues Gastspiel zu berichten. Frl. Kirchhoff, vom Stadttheater in Breslau, trat am Sonnabend als Clärchen im „Egmont“, gestern als Jane Eyre in der „Waise von Wood“ auf. Schon in den ersten dieser Rollen mutete uns ihr natürliches, verständnisvolles Spiel sowie ihr flang- und seelenvolles Organ angenehm an. Nur vermünden wir in der persönlichen Erscheinung der jungen Künstlerin, die übrigens gar wohl an eine Vollblutniederländerin erinnerte, einigermaßen jenen idealen Hauch, von dem wir uns nun einmal die Geliebte Egmont's, wenn schon ein einfaches Bürgermädchen, umkleidet denken. Die Marktscene, wo dieses ideale und selbst heroische Wesen Clärchen's am stärksten zur Erscheinung kommt,

wird vielleicht auch etwas zu realistisch einfach gespielt. Doch war jedenfalls ein klares Verständnis der Rolle und eine sichere Verwendung ihrer Mittel an der Künstlerin zu loben.

Einen noch viel mehr allseits befriedigenden Eindruck erhielten wir von dem gestrigen Gastspiel der Frl. Kirchhoff. Ihre Jane Eyre war eine Darstellung so recht aus dem Ganzen, so recht von innen, von einer sicheren Erfassung des Charakters in seinem tiefsten Kern heraus, ohne äußerliche Zuthaten und Flittern — ein auch in den einzelnen Zügen sehr durchgearbeitetes Bild, und doch ohne ersichtliche Verfehlung. Nach dieser Probe hegen wir von der jungen Dame die besten Erwartungen und werden uns freuen, ihr auch noch in einer gröbaren tragischen oder heroischen Rolle zu begegnen.

Die sonstige Besetzung sowol im „Egmont“ als gestern war unsers Wissens die schon bekannte und besprochene; wir sehen daher von einer neuen Besprechung derselben ab.

Frl. Kirchhoff ward beidermal wiederholt (zusammen mit den hervorragendsten der hiesigen Mit-spielenden) hervorgerufen.

Ein Act unglaublicher Verzweiflung ist die That eines Deutschen Namens J. Kemmler, der in South-Holbrook, Massachusetts, lebt. Da derselbe seit Februar außer Beschäftigung war und nicht mehr wußte, wie er seine Familie ernähren sollte, erlösch er seine drei Kinder, von denen das älteste sechs und das jüngste ein Jahr alt war, und stellte sich dann selbst den Behörden.

Tarife auf
wiegbahnen
Mainz u.
übrigen S.
da man e.
Schwierig.
Tariffähig.
schwierig.
tarifig ihre
neuen Tar.
Ministeri.
statirt w.
Tarife d.
erwartet
eine Unte.
lehr, na.
regel, na.
noch end.
sich aussc.
mar die i.
heiten zw.
terinen d.
abgesehe.
schen Wi.
des Reich.
im Inter.
Beendigu.
nothwend.
— Der
fanglerau.
ministers
übermittel.
Statistik
stellung e.
etat für
hads; we.
wegen Ab.
ordnung
gewerblich.
Bollgebiet
über die
Bundessta.
zu. Es
tressent
Landesver.
anträge b.
den Tra.
bahnen;
beim Rei.
Sachsen
wurden a.
stattet un.
anträge durch
Gebühre f.
Verfügung
Eisach-Lott.
unbewegli.
Ausliefer.
suche des
Briefträger.
G. commissio.
mehrerer
muneration
der Münc.
sache die
lebigt un.
Nächstdem
wegen Ab.
schiffen f.
wiesen.
derte Aus.
feststellen.
wendigkeit.
Reichstag.
des Rath.
um die V.
N.L.C.
meine Bei.
ab stim.
den Geg.
hätten, de.
legenheit.
Polen, fü.
dem Bon.
Majörität.
bildet, au.
den Schu.
Gefahr ha.
tigen Maj.
zur Abwe.
das Socie.
wie sich d.
rität bene.
Tagen) di.
sich um e.
demokraten

Tarife auch auf den Verkehr mit der Hessischen Ludwigsbahn ausgedehnt, haben also schon Frankfurt a. M., Mainz und Bingen erreicht. Die Umarbeitung der übrigen Verbandtarife mit Österreich-Ungarn kann, da man allerseits über die Grundlagen einig ist, keine Schwierigkeiten bieten. Die bezüglich der Frage der Tarifsätze in dem Verkehr mit den Seepässen noch schwelbenden Verhandlungen werden gleichfalls rechtzeitig ihre Erledigung finden, um die Einführung der neuen Tarife am Jahresende zu sichern. In dem Ministerialerlass konnte daher mit Befriedigung constatirt werden, daß die Einführung der combinirten Tarife zu dem bezeichneten Termine mit Grund zu erwarten sei. Es handelt sich in der That weder um eine Unterbrechung des directen internationalen Verkehrs, noch um eine plötzliche und unerwartete Maßregel, noch um einen «Tarifkrieg» mit Österreich, noch endlich um ein Vorgehen, von welchem Bayern sich ausschließen könnte oder würde, und unter welchem nur die übrigen deutschen Bahnen vermeintlich leiden würden. Jeder, der die grundsätzlichen Verschiedenheiten zwischen den jüngsten internationalen und den inneren deutschen Gütertarifen kennt, wird — ganz abgesehen von der Einwirkung derselben auf die deutschen Wirtschaftsinteressen und auf die Handelspolitik des Reiches — schon aus tariftechnischen Gründen und im Interesse des Eisenbahnverkehrs selbst eine baldige Beendigung dieses völlig unhaltbaren Zustandes als nothwendig und unerlässlich bestätigen.

— Der Bundesrat hielt am 13. Juli im Reichskanzleramt eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Staatsministers Hofmann. Seitens des Reichstages wurden übermittelt die Beschlüsse zu den Entwürfen über die Statistik des auswärtigen Warenverkehrs; wegen Feststellung eines dritten Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für 1879—80; über die Besteuerung des Tabaks; wegen Erhebung einer Nachsteuer von Tabak etc.; wegen Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken; über den Zolltarif des deutschen Zollgebiets; zu der Vereinbarung mit der Schweiz über die Regulirung der Grenze bei Konstanz. Der Bundesrat stimmte überall den Reichstagsbeschlüssen zu. Es folgte Beschlussfassung über den Antrag betreffend das Pensionsverhältnis eines Beamten der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen; die Ausschub-anträge betreffend den Verkehr mit Sprengstoffen und den Transport von Sprengstoffen auf den Eisenbahnen; ferner über die Befreiung einer Rathsstelle beim Reichsgericht und die Zuweisung rechtsfähiger Sachen aus den Hansestädten an das Reichsgericht wurden angenommen. Mündliche Berichte wurden erstattet und durch Annahme der betreffenden Ausschussanträge erledigt: über die steuerliche Controle der durch Buntdruck herzustellenden Spielfächer; über die Gebühr für die postamtliche Behandlung gerichtlicher Verflügungen; über den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen etc.; über den Abschluß eines Auslieferungsvertrages mit Uruguay; über Recurzegesuche des Postschaffners Cording in Celle und des Briefträgers Gepke in Rosel wegen ihrer Pensionierung. Endlich über den Bericht der Reichs-Schuldencommission etc.; die Denkschrift über die Ausführung mehrerer Anleihegesetze und die Bewilligung von Remuneration an Postbeamte für Arbeiten aus Anlaß der Währungswandlung. Damit sind in der Haupthache die Geschäfte der Session des Bundesrates erledigt und es tritt nun eine längere Vertagung ein. Nächstdem wird noch berichtet: „Der Gesetzentwurf wegen Abänderung der Verfassung wurde den Ausschüssen für Verfassung und Rechnungswesen überwiesen. Der Reichstag soll in seiner Session gesetzte Ausschüsse stets für die folgenden zwei Jahre feststellen. Motiviert ist die Vorlage mit der Notwendigkeit, Abhilfe gegen das Zusammentragen des Reichstages und der Landtage zu schaffen. Der Bundesrat wird Mitte September wieder zusammenkommen, um die Ausführung des Zolltarifs vorzubereiten.“

N.L.C. Berlin, 14. Juli. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung findet es charakteristisch für die Schlußabstimmung über den Zolltarif, daß sich unter den Gegnern der Vorlage alle diejenigen befunden hätten, deren staatsfeindliche Tendenzen bei jeder Gelegenheit unverhüllt zu Tage treten, nämlich neun Polen, fünf Welschen und sechs Socialdemokraten. Mit dem Vorwurfe der Staatsfeindlichkeit sollte doch eine Majorität, bei der das Centrum die ganze Hälfte bildet, außerordentlich vorsichtig sein. Als es sich um den Schutz des Staates gegen die socialdemokratische Gefahr handelt, da verweigerte diese Hälfte der heutigen Majorität, das Centrum, dem Staate die Waffen zur Abwehr dagegen. Es wird sich bald wieder um das Socialistengesetz handeln, und wir sind begierig, wie sich dann die eine Hälfte der staatstreuen Majorität benehmen wird. Ferner steht (schon in den nächsten Tagen) die Stichwahl in Breslau bevor, bei der es sich um einen National-Liberalen oder einen Socialdemokraten handelt. Das Centrum hat die Parole

„Stimmenthaltung“ ausgegeben; dadurch könnte leicht die Wahl des letztern herbeigeführt werden. Und das ist die Majorität, die den Staat gegen seine liberalen und sonstigen Feinde verteidigt!

— Die National-Zeitung schreibt einen Artikel über „die Zukunft der national-liberalen Partei“ (in welcher die Partei im Reichstage mit der im preußischen Abgeordnetenhaus wol allzu sehr identifiziert wird) mit folgenden Sätzen: „Immer noch ist die national-liberale Partei die stärkste aller liberalen Fraktionen, und ihre Aufgabe wird es sein, heute mehr wie je einen Sammelpunkt abzugeben, um welchen sich alle Elemente scharen können, die gerade jenen Tendenzen, die im Augenblick siegreich sind, energischen Widerstand entgegenstellen, ihnen den Gewinn wieder abringen wollen. Eine Partei der systematischen Opposition zu sein, muß die national-liberale Partei unseres Erachtens unbedingt ablehnen; das junge Staatswesen des Deutschen Reiches ist für solche Experimente nicht gemacht; ebenso wenig liegt in der Geschichte und Tendenz der liberalen Partei irgendeine persönliche Animosität gegen den leitenden Staatsmann. Die praktischen Ziele, die sich der liberalen Partei im Augenblide aufstellen, liegen vor allem in den bevorstehenden Abgeordnetenwahlen in Preußen. Gegen die Coalition der Conservativen und Ultramontanen wird der Liberalismus seine Kraftprobe zu machen haben, in diesem Kampfe wird er sich festigen und verjüngen. Wenn es gelingt, der liberalen Partei ihre Stellung im preußischen Abgeordnetenhaus nur nach dem gegenwärtigen Stande zu wahren, so ist jener Coalition bereit der Herzschlag ausgebrochen. Auch die neueste Änderung in dem Bestande der national-liberalen Fraktion des Reichstages ist eine Vorbereitung für die entscheidungsvolle Action, die uns in Preußen bevorsteht. Zeigen wir vor allem, daß die alte Kraft des liberalen Gedankens noch nicht erschöpft ist, dann brauchen wir über die Zukunft nicht weiter zu sorgen, sie ist uns gerettet. Wir gehen mit ungebrochenem Sinn und mit der Zuversicht des Gelingens der neuen Aufgabe entgegen, und vielleicht war die Lage der liberalen Partei seit Jahren nie so gut wie jetzt, weil sie nie so einfach war.“ Diese Ansicht von der gegenwärtigen Lage der national-liberalen Partei (eine bloß „liberale“ kennen wir nicht) scheint uns allerdings etwas stark optimistisch.

— Die Magdeburgische Zeitung richtet an die national-liberale Partei folgende Mahnung: „Der Reichstag ist geschlossen worden und den Interessenkämpfen, wie sie in gleicher Widerwärtigkeit sich wohl noch niemals vor unserm erstaunten und erschrockten Blicken abgespielt haben, ist zunächst ein Ende gemacht. Die eine Partei geht gesättigt nach Hause, die andere ist leidenschaftlich aufgeregt und sieht sich nach den besten Mitteln um, wie sie ihr Recht wiedererlangen könne. Und auch in den politischen Parteien ist Verwirrung und Zwiespalt; die Ultramontanen und Conservativen tragen sich mit großen Hoffnungen, die Liberalen lassen sich von den entgegengesetzten Empfindungen beherrschen. Wir raten unsern Freunden, fest auf sich selbst zu vertrauen und mahnen und bedächtig zu bleiben. Wenn die Wahlzeit kommt, so lasst uns verständige liberale Männer wählen; aber den Kampf um des Kampfes willen wollen wir nach wie vor nicht mitmachen. Die liberale Partei wird, wenn sie sich selbst trennt und eine so mahvolle Haltung beobachtet, sich und dem Lande, dessen Wohl sie ja immer über alles und auch über ihr eigenes stellt, am besten dienen. Wir gehen nicht sehr erfreulichen Zeiten entgegen; und dabei werden die Lasten und Prüfungen, welche die innere Lage uns auferlegt, vielleicht nur der kleinere Theil der Bedrängnis sein, mit welcher die Zukunft uns droht. Hoffen wir, daß der Friede nach außen und erhalten bleibt; vertrauen wir der erprobten, weisen Leitung unserer auswärtigen Politik! Es ist ja, wenigstens vor der Öffentlichkeit, kein Anzeichen vorhanden, welches uns darüber belehrt, daß diese Leitung mit besondern Schwierigkeiten zu kämpfen hätte; aber darum bleibt es nicht weniger wahr, daß wir, wie die Lage Deutschlands nun einmal ist und noch auf lange Zeit hinaus sein wird, alle Verantwortung haben, uns nicht allzu tief in innere Streitigkeiten und Kämpfe zu verwickelet. Nicht daß wir meinten, die Liberalen sollten die Hände in den Hosensäcken legen oder weniger eifrig ihren Zielen nachstreben. Nein, wahrlich nicht! Aber wir sollen allerwegen darauf bedacht bleiben, daß das Deutsche Reich Nachbarn hat, die uns läuernd zuschauen, Nachbarn, die vielleicht nicht abgeneigt wären, sich früher oder später die Arme zu reichen, um einen Schlag auf dieses ihnen verhaftete Reich zu führen.“

— Die «Post» veröffentlicht das Schreiben, durch welches Dr. v. Treitschke dem Vorsitze der national-liberalen Partei angezeigt, daß er aus der Fraktion austritt. Es lautet:

Berlin, 11. Juli. Hochgeehrter Herr! Da die für heute Abend beabsichtigte Fraktionssitzung nicht stattfindet, so sehe ich mich genötigt, hiermit schriftlich meinen Austritt aus der national-liberalen Fraktion zu erklären. Die Fraktion

wird morgen mit überwiegender Mehrheit die gesammte Tarifvorlage verwerfen. Sie wird dadurch, selbst wider den Willen vieler ihrer Mitglieder, in die Stellung einer geschlossenen Oppositionspartei hinaufgedrängt werden, und bei den bevorstehenden preußischen Wahlkämpfen muß, wie ich glaube, die Führung der Partei unausbleiblich jenen Mitgliedern fallen, welche entschlossen sind, die Politik der Reichsregierung fortan grundsätzlich zu bekämpfen. Getreu der Überzeugung, welche ich in der Fraktion oft ausgesprochen habe, halte ich diese Wendung für einen verhängnisvollen politischen Fehler. Ich fühle mich außer Stande, dabei mitzuwirken, obgleich ich nur mit aufrichtigem Schmerz aus einer Genossenschaft scheiden kann, in der ich so viele treue und hochgeschätzte Freunde gefunden habe. Mit ausgezeichneter Hochachtung
H. v. Treitschke.

Preußen. Der Staats-Anzeiger meldet: „Se. Maj. der König haben allernächst geruht: den Präsidenten des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann neben seinen bisherigen Funktionen zum Minister für Handel und Gewerbe zu ernennen. Se. Maj. der König haben allernächst geruht: dem Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten Dr. Falk, sowie dem Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Friedenthal, unter Belebung des Titels und Ranges eines Staatsministers, die nachgesuchte Dienststiftung zu ertheilen und den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien v. Puttkamer zum Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten, sowie den Rittergutsbesitzer Dr. Lucius zum Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu ernennen.“

** Berlin, 14. Juli. Die Reorganisation des Staatsministeriums ist nunmehr durch Ernennung des Hrn. v. Puttkamer zum Cultusminister und des Hrn. Lucius zum landwirtschaftlichen Minister, sowie die Übertragung des Handelsministeriums an den Präsidenten des Reichskanzleramtes Hofmann vollendet. Gleichzeitig wird mit Bestimmtheit versichert, daß der Präsident des Reichstages Hr. v. Seydelow zum Nachfolger des Hrn. v. Puttkamer als Oberpräsident von Schlesien designirt sei. Mit der Besetzung des Reichschaamtes dagegen scheint man noch etwas warten zu wollen; vielleicht will man zwor den neuen Finanzminister einige Zeit in Wissamkeit sein lassen, ehe man die mit diesem Amt so vielfach in Verhübung stehende Stelle eines Leiters der Reichsfinanzen definitiv besetzt. Die Herren v. Seydelow und Lucius verlieren durch ihre Beförderung ihr Mandat als Abgeordnete und das bisherige Reichstagspräsidium wird somit jetzt nur noch durch Hrn. v. Brandenstein repräsentirt.

× Berlin, 14. Juli. Angesichts seiner bevorstehenden Abreise hat der Reichskanzler noch mehrere der dringendsten Personalfragen zum Abschluß gebracht. Danach soll der bisherige Geh. Oberfinanzrat Scholz aus dem Finanzministerium zum Unterstaatssekretär des Reichs-Schamates berufen und dem bisherigen Unterstaatssekretär im Cultusministerium v. Sydow die Direction des Staatschuldenwesens übertragen werden. Letzteres geschieht auf ausdrücklichen Wunsch des Hrn. Sydow. — Nachdem heute die allerhöchste Bewilligung der Dimission gesucht der Herren Dr. Falk und Dr. Friedenthal von Ems hier eingegangen ist, sind die betreffenden Ministerien derselben auf die dazu designirten Candidaten, den Oberpräsidenten v. Puttkamer und den Dr. Lucius, übergegangen. Die Bewilligung des Abschieds für die genannten bisherigen Minister ist in huldreichster Weise erfolgt. Beide behalten den Charakter von Staatsministern. Dem Dr. Friedenthal ist außerdem der Adel und dem Dr. Falk der Adel für seinen Sohn, welcher im Garde-Gürtlerregiment dient, erheilt worden. Die Verabschiedung der beiden abgehenden Minister und die Einführung ihrer Nachfolger sowie die des neuen Finanzministers Bitter erfolgte in einer vertraulichen Befreiung des Ministeriums bei dem Fürsten Bismarck, wie sie hergebracht ist, wenn der Fürst eine größere Urlaubstreise vorhat. — Der heute zurückgetretene Landwirtschaftsminister Dr. Friedenthal, jetzt Dr. v. Friedenthal, hat in letzter Zeit noch eine Reihe von Gegenständen für die legislatorische Behandlung in der nächsten Landtagessession vorbereitet. Dazin gehören 1) der Entwurf einer Feld- und Forstpolizeiordnung, welcher mit Rücksicht auf die Commissionenbeschlüsse des Abgeordnetenhauses überarbeitet worden ist. Im Herrenhause war derselbe bereits durchberathen worden, ohne auf erhebliche Differenzen zu stoßen. Es ist darum die Annahme desselben in der nächsten Landtagessession sehr wahrscheinlich. 2) Der Entwurf einer Jagdpolizeiordnung, über welchen im Staatsministerium bereits eine vorläufige Verständigung erzielt ist. 3) Ein Entwurf über die infolge der Reichs-Justizgesetze erforderlichen Veränderungen im Auseinandersetzungsvorfahren. 4) Ein Entwurf zur Verhinderung der landeskulturschädlichen Waldtheilungen, der sich den übrigen zur Erhaltung des Waldes getroffenen Einrichtungen anschließt. Die weitere Behandlung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter hängt von dem Vorschreiten concreter Materien ab.

— Die National-Liberale Correspondenz weist auf

die Wichtigkeit der Wahlen zum Abgeordnetenhaus hin, die im October stattfinden werden. „Der Entwickelungsprozeß“, sagt sie, „der im Reichstage nur eingeleitet worden ist, wird im Landtage seine Consequenzen offenbaren, und der letztere wird unter diesen Umständen eine Bedeutung gewinnen, wie sie Landtagssessionen selten eigen ist. Die Conservativen mögen — in Erinnerung an die ansehnlichen Erfolge bei den jüngsten Reichstagswahlen — sich zu den schönsten Hoffnungen berechtigt glauben; sie mögen erwarten, in dem künftigen Abgeordnetenhaus ebenso stark vertreten zu sein wie in dem gegenwärtigen Reichstage. Die Stimmungen und Strebungen im Volle sind viel zu unsicher und unberechenbar, zumal im gegenwärtigen Augenblick, als daß wir untersuchen mögen, ob jene Hoffnungen berechtigt sind. Insofern jedoch scheinen die Aussichten für die Conservativen ungünstiger als bei den Reichstagswahlen, als der Socialistenabschluß nicht mehr in dem Maße wie früher seine Wirkung übt und die wirtschaftlichen Fragen, die eine so tiefegehende Bewirrung in den politischen Anschaunungen hervorbrachten, die Landtagswahlen unmöglich noch in dem Grade beherrschen können wie die Reichstagswahlen. Gleichwohl verlennen wir durchaus nicht, daß den liberalen Parteien die äußerste Kraftanspannung nötig sein wird, um ihren parlamentarischen Bestand zu wahren, und wir müssen darin die Aufforderung erkennen, trotz der sehr berechtigten Erwidlung zeitig und kräftig in die Wahlbewegung einzutreten, früh und eindringlich die öffentliche Meinung mit den Landtagswahlen zu beschäftigen und uns von den Gegnern nicht überflügeln zu lassen.“

— Die Adresse der Berliner Studentenschaft an den Cultusminister Dr. Falk hat folgenden Wortlaut:

Ew. Exz. haben in einer Epoche großer nationaler Entwicklung, deren Aufgaben Ihre volle Manneskraft in Anspruch nahmen, Zeit und Gefühl für die Interessen der deutschen Universitäten bewahrt und bewiesen. Deutsche Universitäten haben Ew. Exz. während Ihrer Amtstätigkeit vielfach den Beweis tiefer Sympathie deutscher Studenten entgegengebracht. In dem Augenblide Ihres Scheiterns fühlen wir als Studirende der Berliner Universität uns von hellem Orange bestellt, Ihnen, Herr Minister, die Gefühle unsers Dankes und unserer Verehrung auszusprechen. Zu Ihnen, als dem Leiter unsers geliebten Unterrichtswochens, haben wir von dem Augenblide, da wir zu selbständigen Denken erwachten, mit Zuversicht und Begeisterung emporgeblickt. Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung, daß diese Gefühle nicht mit der Stunde entstanden, mit der Stunde dervorwegen werden, sondern, wie sie durch Überzeugung gegründet und gesetzt, vorher in uns lebten, so für alle Zeit in unserer alten Herzen fortleben werden.

— Die Volks-Zeitung schreibt: „Der „Kulturmampf“ geht der Beendigung entgegen. Gegen den fröhlichen Erzbischof Grafen Ledochowski war zum 15. Juli von dem Kreisgericht zu Deutsch-Krone wegen Excommunication des Pfarrers Litzal im Schrot wiederum Termin angesetzt; derselbe wurde jedoch aufgehoben und die Acten an das Justizministerium gesandt.“

— Die Neue Preußische Zeitung theilt mit: „Der Landeshauptmann der Oberlausitz und Vorsitzender des Provinzialausschusses für Schlesien, v. Seydelwitz, der jetzige erste Präsident des Reichstages, ist, wie wir erfahren, zum Oberpräsidenten von Schlesien an Stelle des zum Cultusminister designirten Hrn. v. Puttkamer aussersehen und soll sich zur Annahme des Amtes bereit erklären. Alle übrigen bisher genannten Kandidaturen beruhen nur auf Conjectur.“

— Die bekannte August-Conferenz wird in Berlin am 27. und 28. Aug. abgehalten werden. Zur Besprechung sollen folgende Gegenstände gelangen: Die Simultan- und Confessionsschule. Woran leidet gegenwärtig die Schriftauslegung auf Ratheder und Kanzel? Die lutherische Kirche ein Salz und Licht für die Zukunft unsers Volles. Wie ist den Gefahren zu begegnen, welche die Verderbnis großer Städte für das Land hat?

— Die Neue Frankfurter Presse berichtet aus Frankfurt a. M., vom 14. Juli:

Heute Morgen gegen 10 Uhr drang das Gericht durch die Stadt, daß ein Geldpostbote ermordet und bestohlen worden sei. Wir erfahren über den Fall Folgendes: „Zwei Arbeiter, die sich Müller und Meyer nannten, waren in einer Logirwirtschaft in der Bendergasse eingefangen. Meyer sandte an Müller einen kleinen Geldbetrag per Postanweisung. Als heute Vormittag der Postbote Tafel, wohnhaft in Niederrad, in seinem Zimmer erschien, um das Geld auszuzahlen, fielen beide über den Beamten her. Der eine schlug ihn mit einem sol zu diesem Zwecke angelaufenen neuen Beile mehrmals auf den Kopf, sodass er blutend zu Boden sank. Sein Ruf war gehört worden. Es eilten mehrere Leute herbei, doch gelang es den Burschen, unter Zurücklassung ihrer Mützen zu entfliehen. Bis jetzt, mittags 12 Uhr, sind sie noch nicht ergreiften. Der Postbote hat mehrere Kopfwunden davongetragen und ist schwer verletzt in das Heiliggeist-Hospital gebracht worden; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Es soll den Raubmörbern gelungen sein, einen kleinen Geldbetrag zu erbeuten. Die umfassendsten Anordnungen bezüglich Verfolgung derselben sind veranlaßt worden.“

Thüringische Staaten. J. Eisenach, 13. Juli. Die Herstellung einer normalspurigen Secundär-

eisenbahn zwischen Ruhla und Wutha ist nunmehr gesichert; es waren die Staatsabventionen schon früher von Weimar und Gotha bewilligt, die Privatzeichnungen ließen jedoch noch einen Wert von 80000 M. ungedeckt; es wurde derselbe aber von den ruhlaer Gemeinden zur Aktionzeichnung übernommen und hat dieser Beschluss auf Seiten der diesseitigen Bezirkswaltung vorigen Freitag die verfassungsmäßige Zustimmung erhalten, sodass nunmehr bald mit dem Bau begonnen werden wird. — Vorgestern hat der Großherzog mit Prinzess Elisabeth Schloss Wilhelmsthal bezogen, nachdem er in vorheriger Woche das Oberland bereist und sich dort eingehend mit den localen Verhältnissen dieses Landesteils beschäftigt, insbesondere auch die neue schmalspurige Feldbahn mittels Extrazugs befahren. Er war von dem Bau dieser Straßenbahn sehr befriedigt.

Baiern. Der Augsburger Allgemeine Zeitung schreibt man aus München vom 12. Juli: „Die in Kemnath in der Oberpfalz heute erfolgte, bereits in einem Telegramm mitgetheilte Wahl des Pfarrers Dr. Schäffler zum Abgeordneten unserer II. Kammer ist ein entschiedener Sieg der extremen Katholischen Volkspartei, ebendeshalb aber auch eine Niederlage der „Gemäßigten“, der Anhänger der Centrumsfraction, die übrigens, wol in Aussicht auf die sichere Niederlage, einen eigenen Kandidaten nicht aufgestellt hatten. Nach diesem Wahlausult diente wol auch die Wahl des Dr. Schäffler für den Reichstag gesichert sein. Der verstorbene Abg. Delan Dr. Lindner war Mitglied der Patriotischen Fraction unserer Abgeordnetenkammer; sein heute gewählter Nachfolger aber wird ohne Zweifel der extreme Fraction Ritter-Schels beitreten.“

Frankreich.

* Paris, 13. Juli. Die République française ist der Ansicht, daß mit dem Sohne Napoleons III. in Thisehurst auch der Bonapartismus zu Grabe getragen worden ist. Sie schreibt: „Die Pforten der Geschichte schließen sich mit dem heutigen Tage über diese ungeliebte Familie, welche den Geschichten des Vaterlandes einen Verzug von 50 Jahren auferlegt hat. Frankreich wird ihr nichts als eine große Lehre verdanfen, die aber, wenn es sie beherigt, unsern Enkeln nicht zu thun erlaubt scheinen wird, daß nämlich ein Volk sich niemals in die Hände eines einzigen, wer es auch sei und gleichviel unter welchem Vorwande, aussiefern soll. Weil unser Land diese Wahrheit vergessen hat, mußte es dreimal in einem halben Jahrhundert die Demütigung, einem fremden Eroberer zu unterliegen, über sich ergehen lassen. Immerhin könnte man aber für die Irthümer unserer Väter widernde Umstände entdecken, die sich für uns, wenn wir in denselben Irthum versetzen, nicht mehr geltend machen ließen. Das eine mal hatte der Zauber der Gloire, das andere mal die politische Unerschaffenheit der Massen den Sieg des Cäsarismus möglich gemacht. Jetzt läge keine solche Entschuldigung mehr vor. Die Laternen des nächtlichen Diebes vom 2. December hat schon längst die Sonne von Austerlitz erleuchtet lassen, und nach dem eigenen Geständnisse der in ihrem Traum verkannten Bonapartisten müßte man die Krone des letzten Eben der Bonaparte im Minnesteins auflesen. Es sieht nicht danach aus, daß Frankreich jemals bis zu diesem Grade der Schande herabsinken sollte.“

Der Wintercircus war gestern ganz gefüllt, um die Rebe von Hrn. de Mun betreffs der Rechte der Hausväter und der Ferry'schen Unterrichtsgesetze anzuhören. Das versammelte Publikum sollte ihm lauten Beifall. Es wurde folgende Resolution votirt: „In Anbetracht, daß die freie Ausübung der Gewissensfreiheit für alle Bürger ein unumstößliches Recht ausmacht, so fordert eine Versammlung von 4—5000 (?) vereinigten Personen mit Energie die Aufrechterhaltung der Freiheit des Unterrichts zurück, so wie sie durch die Gesetze von 1850 und 1875 festgesetzt wurde. Sie protestiert gegen alle Maßregeln, die sie schmälen oder schmälern werden.“

Großbritannien.

Aus dem Norden von England kommen sonderbare Nachrichten über eine neue religiöse Flucht, angeregt durch die sogenannten „Feldhaupleute“ des Heeres der Seligmacher. Man glaubt sich ins dunkelste Mittelalter versetzt, in die Zeiten der Tanzwuth am Rhein und an der Mosel, von der die limburgische Chronik meldet. Den Mittelpunkt der Thätigkeit des „Heeres der Seligmacher“ bildet seit ein paar Wochen die Stadt Newcastle on Tyne. Es sind diesmal nicht wie bei dem „Wiedererweckungs“-Treiben der amerikanischen Wanderprediger Moody und Sankey die untersten bürgerlichen Schichten noch auch die eigentlichen Arbeiterklassen, in denen der Unzug spielt. Vielmehr hält sich die Bewegung wesentlich an die Victor Hugo'schen „Gedenken“, an den verwahrlosten und verbrecherischen Theil einer in Unbildung versunkenen Bevölkerung. Das Gebaren auf den Versammlungen spottet in seiner Tollheit und seiner oft ins Sittenlose übergehenden Losgebundenheit aller Beschreibung.

Die ganze Ausstattung einer Kunstreiterbande, der ganze Lärm einer herumziehenden Bude von fremdartigen und wilden Thieren kennzeichnet diese in geschlossenen Räumen wie auch unter freiem Himmel sich abspielende Narretei. Burschen und Dirnen treten in Rotten und Riegeln dabei auf. Die „Regimenter“ stehen unter männlichen und weiblichen Hauppleuten; sie führen rothe Fahnen mit blauem Rande und einerflammenden Sonne oder Stern in der Mitte. Die Inschrift lautet: „Blut und Feuer!“ Eine große Rolle spielt die „Hallelujah-Mädel“. Sobald der pietistische Rattenfänger zu geigen beginnt, geht es sofort merkwürdig unter den Burschen und Dirnen zu. Wenn der Prediger seine salomonische Weisheit zum besten gibt, bewegen sich die „Hallelujah-Mädel“ mit gesetzten Armen vorwärts und rückwärts. Dann singt jeder und jede nach beliebigem Ton. Man jubelt, schreit, stampft, tanzt, schwungt die Taschentücher. Man ruft: „Gegner sei der Herr!“ und „Amen!“ — und alle Welt scheint sich lästlich zu vergnügen. Unter den Führern ragt der „Missionsträger“ hervor, der 33 Stein (462 englische Psd.) wiegt, ferner der „Einjährige Hauptmann“, der „Bekehrte Schornsteinfeger“, der „Hallelujah-Hansel“ und andere ins Muderhafte umgewandelte Schwartenhäuse, die an die Umgebung eines berühmten deutschen Räuberhauptmannes erinnern. Diese seuchenhafte Verküsttheit, die so leicht unter einer rohen Menge ausbricht, trägt auch in diesem Falle die Früchte, die man aus der alten limburger Chronik kennt. Mädchen entlaufen ihren Eltern, gehen ins gesegnete Heer der Seligmacher und haben bald die Folgen davon. Vielfache Klagen tauchen auf, daß diese Bewegung schon manches Mädchen zu Grunde gerichtet hat. Die Wirksamkeit des „Heeres der Seligmacher“ hat sich auch auf den Norden von Yorkshire erstreckt. In Warwickshire ist ebenfalls eine Vorhut erschienen. Ein Mann, dessen Tochter entlaufen wollte, um zum „gesegneten Regiment“ zu stoßen, wurde, als er ihr zu wehren versuchte, von sechs „Seligmachern“ überfallen und mit dem Knüppel niedergeschlagen.

Belgien.

Mit alleiniger Ausnahme des Journal de Bruxelles und des Courant haben sämtliche literarischen Zeitungen wegen der amüsanten Verküstigung des neuen Elementarschulgesetzes sich einen Trauercard beigelegt. Ja, das Avenir von Charleroi trägt sein Leid sogar in zwei schwarzen Rahmen öffentlich zur Schau. Der eine umschließt die Namen der Deputirten und Senatoren, die für und die gegen das Gesetz gestimmt haben, Auszüge aus bischöflichen Hirtenbriefen &c.; in dem andern liest man Bekleidungen gegen den König und die Minister, z. B.: „Die Könige haben kein Herz; denn der lange Rothschrei, den 5 Mill. christlicher Stimmen ausgefochten haben, ist nicht erhört worden“, und: „Sire, hat Ihre Hand nicht gezittert, als Sie das Todesurteil für Ihr Volk unterzeichnet?“ Eine Erzählung in Reimen schildert den „Besuch Satans bei seinem Gevatter Vanhumbrecht“ (dem Minister des öffentlichen Unterrichts).

Rußland.

Die Brände in Russland nehmen einen erstaunlichen Umfang an, fast täglich laufen darüber neue Meldungen ein. Zwei große Gouvernements- und 18 Kreis- und Bezirksstädte sind im Laufe der vorigen Woche von Feuerbränden heimgesucht und mehr oder minder beschädigt worden. Die sibirische Gouvernementstadt Irkutsk ist, wie wir gemeldet, am 4. und 5. Juli fast gänzlich abgebrannt. In der Nacht vom 2. zum 3. Juli brannte die polnische Stadt Siedlitz ebenfalls beinahe gänzlich nieder. Von der inneren Stadt blieb nicht ein einziges Haus unversehrt. Der Brand brach gleichzeitig an drei verschiedenen Stellen aus, und zwar im Hause eines armen jüdischen Schneiders, in einer Fabrik künstlicher Mineralwässer und im Hause des katholischen Geistlichen. Das Feuer wurde, wie dem Petersburger Golos vom 7. Juli geschrieben wird, gelegt. Am 27. Juni brannte, wie demselben Blatte vom 7. Juli geschrieben wird, das Städtchen Sekurjanji im Bezirk Chotin des Gouvernements Bessarabien bei einem großen Sturmwinde total nieder. Auch hier wurde das Feuer gelegt. Sollten alle diese Unglücksfälle in verarmten Gegenden auf die Initiative der Sozialisten zurückzuführen sein, die denn doch gerade mit den am stärksten Betroffenen, mit dem niedern Volke, am meisten sympathisieren?

Königreich Sachsen.

Δ Dresden, 13. Juli. Der Bau einer Kirche in Antonstadt-Dresden wird nach dem heute im hiesigen Amtsblatt veröffentlichten Protokoll über die letzten Sitzungen des Kirchenvorstandes zu Neustadt-Dresden mit dem Jahre 1881 in Angriff genommen, da voraussichtlich zu diesem Zeitpunkte der Bau fonds die Höhe von 200000 M. erreicht haben wird. Vorher noch hat die Bildung einer selbständigen Parochie

für Anton
vorstand
königlich
den gegen
statt, für
bis 20.
bei Koblenz
das Bata
Heller ein
Woche die
Gasthöfe,
die Auleg
wurde um
bei Koblenz
werden, 1
pagnien in
in Gegen
Georg ein
vorher du
Marmon
figuren bi
geschichte
hiesige B
Gemälde
Bestallozif
seine Aufg
ist die für
1841 ver
Kassel, w
enthüllt w
in weiter
regen Ant
beliebt, i
Gruna —
Dorf —
Ein brech
nach einer
Urtheilung
gegenwärt
seiner Bel
noch nicht
feiner Bel
darunterlie
klagen ve
verhandlun
einen Gan
Hof und a
Diese mit
gesprengt.
er mit den
früh 6 U
Strohsack
den. — E
rege Theili
ist, veranst
für die Hi
verunglüdt
verunglüdt
werden. 2
sieben mei
Familien
Mangel. —
die Stelle
bekanntlich
broda abge
Schandau
große Men
deren grös
wird; der
6—7000

** Leipzig
Kraft trete
Civilproze
Anwaltsord
wälte &c. —
sonders für
praktischen
Einsatz au
auf die S
um nicht z
der Überze
den neuen
sich gesta
11. Juli i
Anwälte e
Landgericht
zirk des j
ins Leben
Förderung
Standeschr
namentlich
Anwälte u
Einrichtung
angezogene
nisse nothw
Bereinigung
gerade die
sächsische E

für Antonstadt-Dresden und insbesondere eines Kirchenvorstandes dieser neuen Gemeinde zu erfolgen. — Beim königlich sächsischen Pionierbataillon Nr. 12 finden gegenwärtig die Vorübungen zu den Herbstübungen statt, für 2 Compagnien genannter Truppe bestehen letztere bekanntlich in Theilnahme an der vom 10. Aug. bis 20. Sept. abzuhaltenen großen Belagerungsübung bei Koblenz a. Rh. Nachdem bereits in voriger Woche das Bataillon innerhalb eines einzigen Tages auf dem Heller eine Schanze gebaut, über seit Anfang voriger Woche die 4. Compagnie (die Mineure) hinter dem Gasthofe zur Linde in Rauhau in einem Lehmlager die Anlegung von Minen. Der ziemlich harte Boden wurde um deswillen gewählt, um die Leute, welche bei Koblenz in ähnlichem Terrain zu arbeiten haben werden, daran zu gewöhnen. Die andern 3 Compagnien des Bataillons werden morgen früh bei Uebigau in Gegenwart des commandirenden Generals Prinz Georg eine Übung im Brückenschlagen ausführen und vorher durch Prinz Georg inspiciert werden. — Acht Marmorstatuen, welche einen Zyklus von Ländersfiguren bilden, deren jede die Entwicklung in der Kunstgeschichte des betreffenden Landes darstellen, hat der hiesige Bildhauer K. Echtermeier für die königliche Gemäldegalerie in Kassel modellirt und gegenwärtig Pestalozzistraße 16 ausgestellt. Der Künstler hat seine Aufgabe aufs glücklichste gelöst; ebenso gelungen ist die für Kassel von ihm modellirte Kolossalbüste des 1841 verstorbenen Oberbürgermeisters Schomburg von Kassel, welche dort noch im Laufe dieses Sommers enthüllt werden soll. — Der Thiermaler Wegener, in weiten Kreisen durch seine Werke wie durch seinen regen Anteil am Kunsleben Dresdens bekannt und beliebt, ist vorgestern Abend in seinem Wohnorte Gruna — ein hinter dem Großen Garten gelegenes Dorf — gestorben. — Ein berächtigter Dieb und Einbrecher, der Eisenreiter Dieze von hier, welcher nach einer umfanglichen Untersuchung seiner Verurtheilung zu einer ansehnlichen Buchhausstraße entgegenstah, ist mit einer fast beispiellosen Freiheit aus seiner Zelle im Arresthause ausgebrochen und auch noch nicht wiedererlangt. Dieze hat den Fußboden seiner Zelle durchbrochen, ist dadurch in die unbesetzte darunterliegende Zelle gelangt, wo diejenigen Angeklagten verwahrt zu werden pflegen, die zur Hauptverhandlung geführt werden und deren Thür auf einen Gang hinausgeht, von wo aus Treppen in den Hof und auf die Straße führen. Die Zellenthüre hat Dieze mit einer vom Ofen losgerissenen Eisenstange gesprengt. Die Durchbruchsstelle in seiner Zelle hatte er mit den von ihm gezupften Schiffstaufen bedekt; früh 6 Uhr bei der Revision gab er noch seinen Strohhack heraus und bald darauf war er verschwunden. — Eine öffentliche Sammlung, welcher rechte Theilnahme nicht allein in Dresden zu wünschen ist, veranstaltet der Vaterländische Gebirgsverein Saxonica für die Hinterlassenen des kürzlich in Kleinhennerstorf verunglückten Steinbrechers sowie für die drei Mitverunglückten, welche längere Zeit arbeitsunfähig sein werden. Der Getötete hinterläßt eine Witwe und sieben meist unerzogene Kinder, und auch in den Familien der Mitverunglückten herrscht Not und Mangel. — Die Heidelbeerbörse ist zur Zeit an die Stelle der Erdbeerbörsen getreten. Letztere wird bekanntlich alljährlich auf dem Bahnhofe in Kötzschenbroda abgehalten; erstere aber findet in Schönau bei Schandau statt. In diesem Jahre finden sich dort große Mengen der würzigen Waldbeeren aufgestapelt, deren größter Theil hierher nach Dresden versandt wird; der Umsatz beläuft sich in guten Jahren auf 6—7000 M.

** Leipzig, 8. Juli. Die am 1. Oct. 1879 in Kraft tretenden Reichsgesetze — Strafprozeßordnung, Civilprozeßordnung, Gerichtsverfassungsgesetz, Rechtsanwaltsordnung, Gebührenordnung für die Rechtsanwälte &c. — sind von dem wesentlichsten Einfluß besonders für die Rechtsanwälte. Dieselben sehen der praktischen Einführung dieser Gesetze, sowohl was deren Einstufung auf die Rechtsplege überhaupt als speziell auf die Stellung der Anwälte betrifft, mit großer, um nicht zu sagen banger Erwartung entgegen. Von der Überzeugung ausgehend, daß es sich nöthig macht, den neuen Verhältnissen mit ihren Consequenzen möglichst gerichtet entgegenzutreten, ist nun in einer am 11. Juli in Leipzig abgehaltenen Versammlung der Anwälte ein Anwaltsverein für den thüringischen Landgerichtsbezirk Leipzig, der beinahe den ganzen Bezirk des jetzigen Appellationsgerichts umfassen wird, ins Leben gerufen worden. Indem derselbe sich die Förderung der Berufsinteressen und der Wahrung der Standesehrer seiner Mitglieder zum Zweck setzt, hat er unanständig im Auge, den geschäftlichen Verkehr der Anwälte unter sich zu erleichtern und mit Fragen und Einrichtungen sich zu beschäftigen, welche die durch die angezogenen Gesetze geschaffenen veränderten Verhältnisse nothwendig machen. Es erscheint eine solche Vereinigung der Anwälte hier um so dringender, als gerade die bisherige Prozeßgesetzgebung und die sächsische Advocatenordnung so wesentlich von den

Reichsgesetzen abweichen und als letztere an den Anwaltsstand einesheils weitgehende Anforderungen stellen, andertheils ihn in seinem Wirkungskreise durch den sogenannten Vocalisierungzwang beschränken. Dazu kommt noch, daß die bisher in Leipzig bestehende Advocatenkammer mit 1. Oct. d. J. aufhört und nur eine Anwaltskammer für ganz Sachsen mit Sitz in Dresden an die Stelle tritt. In der gedachten Versammlung der Anwälte, an welcher sich auch einige auswärtige Collegen beteiligten, wurde das Bedürfniß einer mehr localen Vereinigung der Anwälte denn auch allgemein anerkannt, der vorgelegte Statutenentwurf mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen, der Vorstand — bestehend aus sieben Mitgliedern und drei Stellvertretern — gewählt und der Jahresbeitrag auf 20 M. sowie das Eintrittsgeld auf 10 M. festgesetzt. Zugleich bestätigten die Erschienenen ihr Interesse an der Sache noch durch Bezeichnung von Stiftungsbeiträgen. Der Vorstand hat nun die Aufgabe, an die Verwirklichung der dem Verein gesetzten Zwecke heranzutreten. Er wird dies sicherlich in der Erwartung, daß die Collegen durch zahlreichen Beitritt und Beteiligung an den Vereinszwecken das Ihrige dazu beitragen und das Bestreben unterstützen, daß der deutsche Anwaltsstand auch in Sachsen eine thätige Vertretung findet.

— Das Leipziger Tageblatt berichtet aus Leipzig vom 14. Juli: „Wir vernehmen, daß gegenwärtig Verhandlungen eingeleitet sind, um das Ausstellungsggebäude für das nächste Jahr zu einem weiteren Ausstellungsunternahmen disponibel zu machen. Der Centralverband deutscher Wollwarenfabrikanten will in Leipzig eine auf ganz Deutschland berechnete Ausstellung von Erzeugnissen der Wollwarenbranchen veranstalten und hat sich zu diesem Behufe wegen Erlangung der Halle mit den hiesigen maßgebenden Faktoren ins Einvernehmen gesetzt. Wir hoffen, bald weiteres über diese Angelegenheit mittheilen zu können.“

— Auch die Dresdner Zeitung hält die anscheinende Absage des Reichskanzlers an die national-liberale Partei nicht für sein letztes Wort. „Seine Politik“, sagt sie, „kennt kein Niemals“, und aus der Absage von heute ist nichts zu folgern für das Morgen. Es wird die Aufgabe der national-liberalen Partei sein, auch ihrerseits sich vor dem von grossen Verbitterung eingegebenen „Niemals!“ zu hüten. Sie hat mit kaltblütiger Besonnenheit fest zusammenzustehen, nach links und nach rechts Front zu machen und abzuwarten, bis der Moment kommt, ihr Wort in die Waschzale zu werfen, um eine Beeinträchtigung des Werkes zu verhindern, dem sie seit ihrem Bestehen mit opferbereiter Hingabe ihre Dienste gewidmet hat. Dann wird auch ferner ihre Existenzberechtigung nicht zweifelhaft sein.“

— Der langjährige Gefandte Sachens bei den thüringischen Höfen, Wiel. Geheimrath v. Carlowitz, ist, wie aus Dresden gemeldet wird, gestorben. Er war der Sohn des ehemaligen Königlich sächsischen Ministers des Innern und jüngerer Bruder des ehemaligen Königlich sächsischen Justizministers, später Mitglieds des preußischen Abgeordnetenhauses, Albert v. Carlowitz.

— Aus Jena ergeht folgende Kundmachung:

Am 30. Mai d. J. wurde der Kandidat des höhern Schulamtes Johannes Theodor Passig aus Pegau auf Grund einer Abhandlung über „die Atomomatische Ethik des Aristoteles vom Standpunkte der christlichen Moral“ von der unterzeichneten Facultät zum Doctor promovirt. Da diese als Inauguraldissertation der philosophischen Facultät zu Jena gebrachte Abhandlung sich nachträglich als ein Plagiat aus dem Programm des Professors Luthardt in Leipzig, „über die Ethik des Aristoteles in ihrem Unterschiede von der Moral des Christenthums“ erwiesen hat, so erklärt die unterzeichnete Facultät die Promotion des Johannes Theodor Passig für null und nichtig.

Die philosophische Facultät der Universität Jena.

Dr. E. E. Schmid, derzeit Dekan.

+ Dresden, 14. Juli. Das jüngst erschienene Doppelheft III und IV der Zeitschrift des Königlich sächsischen Statistischen Bureau pro 1878, redigirt von dessen Director, Regierungsrath Professor Dr. Victor Böhmert, enthält zunächst einen von demselben bearbeiteten ausführlichen Artikel: „Die Sparassen des Königreichs Sachsen in den letzten 30 Jahren“, worin die geschichtliche Entwicklung, die Hauptresultate, die Benutzung und der Geschäftsumfang dieser so wohlthätig wirkenden und für das sächsische Wirtschaftsleben so bedeutsam gewordenen Institute, sowie die wichtigsten inneren Einrichtungen derselben eingehend besprochen werden. Aus dem reichhaltigen Material heben wir hervor, daß im Jahre 1848 in Sachsen erst 43 Sparassen mit 7414 Conten und 10.086792 M. Guthaben und 1877 168 Sparassen mit 794243 Conten und 293.887679 M. Guthaben bestanden. Die Sparassen-einlagen sind mitin im letzten Menschenalter nahezu um das Dreifache und die Zahl der Conten um mehr als das Sechsfache gestiegen. Während im Jahre 1848 im ganzen Königreiche erst auf 25,55 Bewohner ein Sparassenbuch kam, war dies 1877 schon bei 3,50 Bewohnern der Fall. Während der durchschnittliche Wert eines Sparassenbuches im Jahre 1848 nur 136 M. 5 Pf. betrug, war er im Jahre 1877 auf 370 M. 2 Pf. gestiegen und das durchschnittliche Guthaben pro Kopf der Bevölkerung, welches 1848 sich nur auf 5 M. 38 Pf. belief, hatte 1877 bereits eine Höhe von 102 M. 66 Pf. erreicht. Aus den Vergleichen mit andern Staaten ergibt sich, daß Sachsen zu den Ländern mit den höchsten Sparbeiträgen gehört, und

dass es nur von einigen schweizerischen Cantonen übertroffen wird. Ein zweiter Aufsatz von Dr. med. Arthur Geißler über „Die Bewegung der Bevölkerung im Königreich Sachsen während des Jahres 1877“ berichtet über die in diesem Jahre stattgefundenen Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle. Danach gab es im Jahre 1877: 24919 Eheschließungen, 129876 Geburten und 83577 Todesfälle (darunter 4963 Todgeborene). Im Jahre 1876 gab es 26606 Eheschließungen, 131817 Geburten und 83577 Todesfälle (darunter 5456 Todgeborene). Das Jahr 1877 zeigt also wesentlich ungünstigere Resultate. Erstens ist jedoch, daß die Zahl der unehelichen Geburten trotz der vermindernden Eheschließungen abermals abgenommen hat. Unter 100 Geburten haben sich selber gewöhnlich 14—15 uneheliche, im Jahre 1866 sogar 15,50 befunden. Seit der Aufhebung der Eheschließungen sank der Procentzah, und zwar im Jahrhundert 1866/70 auf 14,11, von 1871/75 auf 13,11, 1876 auf 12,57 und 1877 auf 12,43 Proc. Der Procentzah der unehelichen Geburten ist in dem industriellen Regierungsbezirk Bautzen am niedrigsten (11,93 Proc.) und in dem landwirtschaftlichen Regierungsbezirk Bayreuth am höchsten (15,13 Proc.). Im dritten größten Aufsat betont Dr. Böhmert „Die Einkommensstatistik des Königreichs Sachsen“. Er schlägt zuerst die verschiedenen Entwicklungssphasen der sächsischen Einkommenssteuergesetzgebung und die wichtigen Ausführungsbestimmungen und vergleicht dann die Hauptergebnisse der Einkommensabschätzungen in den Jahren 1875, 1877 und 1878. Danach betrug das eingeschätzte Einkommen im ganzen Sachsen 1875: 1017,3 Mill. M., 1877: 948, Mill. M. und 1878: 927,4 Mill. M. Das Durchschnittseinkommen pro eingeschätzte Person war 1875: 1047 M., 1877: 949 M. und 1878: 917 M. und pro Kopf der Bevölkerung 1875: 398 M., 1877: 343 M. und 1878: 335 M. Die vierte Hauptarbeit dieser beiden Hefte besteht in einer „Umschau auf dem Gebiete der statistischen und volkswirtschaftlichen Literatur“ von Professor Arthur v. Studnička, worin über 200 neuerschienene Schriften besprochen werden. Den Schluss bilden „Repertoriische Rückblicke auf die wichtigen Begebenheiten, welche die Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswohlfahrt des Deutschen Reiches und des Königreichs Sachsen berühren, auf das zweite Halbjahr 1878“. Diese Rückblicke erhalten die Resultate der neuesten Erhebungen bezüglich der Gewerbezählung des Deutschen Reiches, der Bodenkultur und Erträge des Königreichs Sachsen, sowie über das Kirchen- und Schulwesen desselben, über die Mortalität des Jahres 1878, mit Berücksichtigung der hauptfächlichen Krankheitserscheinungen &c. Die Zeitschrift erscheint halbjährlich in Doppelheften im Commissionsverlage der königlichen Expedition der Leipziger Zeitung zu Leipzig und der Buchhandlung von R. v. Bohn in Dresden und kann durch die Post und alle Buchhandlungen bezogen werden. Dieselbe kostet bei einem Umfang von jährlich circa 30 Bogen nur 3 M.

○ Leipzig, 15. Juli. Zu Ehren des sächsischen Ingenieur- und Architektenvereins, der seine Jahresversammlung hier in Leipzig abhält, wurde am Sonntag Abend im Carola-Theater und zwar „auf Verlangen“ das Stück: „Ein delikater Auftrag“, Lustspiel in einem Aufzuge, nach dem Französischen von A. Ascher, gegeben; hierauf folgte das anmutige Lustspiel „Trotzlopchen“ (wieberholt) und der heitere Abend schloß mit dem beliebten Lustspiel unsrer R. Benedix: „Die Dienstboten.“ Das erfragte Lustspiel bedarf, um seine Unwahrscheinlichkeit etwas zu vertuschen, der feinsten Salonspieler als Interpreten. Dr. Mittel als Champ Tourte, Fr. Rossi als Frau v. Chatenay und Fr. v. Seedorf als Mariette boten dem Publikum die kleinen Unmöglichkeiten des Stükkes, eine nach der andern, mit so fein nuancirtem Spiel und in so liebenswürdiger Weise dar, daß man sie gern und unter grösstem Amusement hinnahm.

Die lustlichen Küchenseen in den „Dienstboten“ wurden frisch und munter abgespielt. Jeder war an seinem Platze: August (Dr. Bläßhar), Christiane (Frau Goethe), Antoinette (Frau Größer), Balthmann (Fr. Hungar), Philipp (Dr. Jensen), Hannchen (Fr. Rossi), Andreas (Fr. Fritze), Gretchen (Fr. v. Seedorf), Hans (Fr. Böttke). Das ausgezeichnete Zusammenspiel der hamburgischen Gäste kam gerade in diesem Stükke, wo fast alle Rollen von gleicher Bedeutung sind, keiner sich vordrängen, keiner im summen Spiele zurückstehen darf, trefflich zur Geltung. Am Schluss ließen sich daher die Herren Architekten und Künstler Theatertreiber das Auf- und Herunterlassen des Vorhangs gewiß nicht blos aus sächsischem Interesse wiederholen vorführen.

Gestern Abend hatten wir Gelegenheit, eine Novität des bekannten schwedischen Novellisten Björnson: „Die Neubvermählten“, Lustspiel in zwei Aufzügen, deutsch von R. Vogel, sodann den lustigen Schwank, „Wenn man im Dunkeln läuft, in drei Aufzügen von E. Mallahans und O. Elmer, zu sehen. Was das erfragte Lustspiel betrifft, so wollen wir gleich vorweg sagen, daß von Lustigkeit in dem Stükke keine Rede ist, daß vielleicht das Taschenbuch sowol im Zuschauerraum wie auf der Bühne eine hervorragende Rolle spielt, und daß beide Theile, die Spielerinnen mit psychologisch unverständlichen Rollen, die Zuhörern mit der spannenden, erst ganz zuletzt in Erfüllung gehenden Hoffnung auf eine heitere Wendung der Dinge gequält werden.

Selbst der geringe Grad des Komischen, der in den Persönlichkeiten der beiden Alten liegt, kann, wenn man will, auch von der ersten Seite genommen werden. Kurz, nichts als Schatten; wo dieser einmal von einem Lichte durchbrochen wird, ist leichter auch nur ein flüchtig erzwungen. Trotz allem regt das Stük (wie von einem Dichter wie Björnson nicht anders zu erwarten) zum Nachdenken an und enthält bei diesem Unnatürlichen doch Wahrheiten, die leider nur zu oft im Familienleben ihre Begründung finden. Zwei Hauptrollen im Stük, der Amtmann (Dr. Hunger) und seine Frau (Frau Goethe), wurden von den benannten trefflich durchgeführt. Der unglückliche Ehemann Laura's, Axel, wurde von Dr. Stägmann gut wiedergegeben, vorzüglich gelang ihm die Apotheose seines freilich eingebildeten ethischen Glücks am Schlusse des zweiten Actes. Fr. Heese spielte die Matilde; größte Anerkennung verdient ihr dummes Spiel. Fr. Horn, die mit ihrem Lachen und Schmollen sonst alles elektrisiert, war mit der psychologisch unmöglichen und deshalb genügend schwer zu spielenden Rolle der Laura beglückt worden und bemühte sich nach Kräften, dieser unabbararen Aufgabe so gut wie möglich sich zu entledigen.

